



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova Europa

**Impulsreferat bei der Nova EUropa –
Dreikönigsklausur**

am 8.1.2005 in der Julius Raab Stiftung

Start des Projekts: „Vision 2020“

Ein herzliches Grüß Gott! Besonders herzlich begrüßen darf ich die Mitglieder unseres Präsidiums, Vzkl. Josef Riegler, LAbg. Ingrid Korosec, Prof. Heinrich Wohlmeyer und General Karl Majcen. Ein herzlicher Gruß auch an DDr. Friedrich König, den ich als Gast eingeladen habe – ich hoffe, dass er sich in Bälde entschließen kann, unserer Plattform beizutreten.

Wie in meinem letzten Mail beschrieben, wird es heute um zwei Themenschwerpunkte gehen:

- Wir müssen über die weitere inhaltliche Arbeit des Vereins diskutieren – auf der Basis unseres Grundsatzprogramms und unserer Positionspapiere.
- Wir müssen über organisatorisch-strategische Fragen sprechen – wie schaffen wir es, uns mit unseren Konzepten und Ideen in die öffentliche Debatte einzubringen, denn da sollten wir im zweiten Jahr unseres Bestehens erfolgreicher werden.

Vom Ablauf her, stelle ich mir die Klausur folgendermaßen vor:

- ◆ ich werde zunächst Thesen als Diskussionsimpulse für die inhaltliche Debatte präsentieren;
- ◆ dann werden wir bis 13.00 Uhr diskutieren;
- ◆ nach dem Mittagessen werden wir uns dann den Organisations- und Strategiefragen widmen;

Worum sollte es in der Politik gehen?

- ◆ Es sollte darum gehen, für die Herausforderungen der jeweiligen Zeit Lösungen zu suchen – Verantwortung zu übernehmen für die Menschen, für die Menschheit, für kommende Generationen.
- ◆ Es sollte auch darum gehen, den Menschen Halt zu geben, eine Politik zu machen, die die Menschen verstehen, die ihnen nützt – die sich wirklich um die einfachen Menschen, um die kleinen Leute annimmt.
 - Denn im Mittelpunkt der Politik steht der Mensch – so steht es im Übrigen auch im ÖVP-Parteiprogramm.
 - Und noch etwas erscheint mir wichtig: Politiker sollen zwar führen, vorangehen aber sie müssen sich auch immer wieder umschaun, ob die Leute, die sie vertreten, nachkommen.
- ◆ Und schließlich sollten wir – und das erscheint mir am wichtigsten – eine Politik machen, die sich an einer positiven Vision von der Zukunft orientiert.

Heute herrscht vielfach Angst vor der Zukunft – durchaus begründet. Zum einen bedrohen uns mögliche größere Katastrophen, die mit dem Klimawandel, der Umweltvergiftung, der Bevölkerungsentwicklung, Fundamentalismen, dem Terrorismus ... zusammenhängen – das sind Ängste, die wir meist verdrängen, die wir aber immer im Hinterkopf haben. Zum anderen fürchten wir ganz konkret um unsere persönliche Zukunft:

- Seit dem österreichischen EU-Beitritt sind die Realeinkommen der Arbeitnehmer gesunken. Das bedeutet, dass die Lohnentwicklung hinter der Inflationsrate zurückgeblieben ist – und das trotz einer historisch niedrigen Inflationsrate. Diese Entwicklung hat zwar mehr mit der Globalisierung als mit dem EU-Beitritt zu tun, aber es wundert wohl nicht, dass

die Leute bei solchen Entwicklungen das Vertrauen in die Politik, gerade auch in die der Europäischen Union, verlieren.

- Werden wir noch eine ordentliche Pension erhalten, wird das Leben in der Pension noch ein lebenswertes sein? Wie wird es mit der Gesundheitsversorgung aussehen, wie mit der Finanzierung notwendiger Operationen? Im Standard (28.12.2004) hat der Zukunftsforscher Andreas Reiter als sein Horrorszenario die Offshoring-Alterspflege in Kasachstan vorhergesagt. „Da werden unsere Pflege- und Altenheime in den Billiglohnländern gebaut und betrieben. So, wie die Japaner ihre Alten heute schon in indonesischen Senioren-Ressorts unterbringen.“

Wir brauchen eine Vision von der Zukunft, die den Menschen Freude auf die Zukunft macht, die motiviert, an einem besseren Land, an einer besseren Welt mitzuarbeiten. Wir können die Klimaerwärmung stoppen und jene Folgen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, managen, wir können die Umwelt sauber halten, wir können die Welt gerechter und besser machen. Und wir können eine Wirtschaftspolitik betreiben, die steigende Einkommen, eine gerechte Pension und eine bestmögliche Gesundheitsversorgung ermöglicht.

Eine solche Vision des "auf zu neuen Ufern" würde die Jugend auch wieder aus dem "Biedermeier" der Fun-Gesellschaft herausholen.

So, was schwebt mir vor? Mein Vorschlag für unser nächstes großes Projekt ist, eine positive Vision für 2020 zu entwerfen. Und nachdem unsere Analyse in unserem ersten Positionspapier ergeben hat, dass die Herausforderungen unserer Zeit nur von einem europäischen Bundesstaat gemeistert werden können, müssen wir bei unserer Vision davon ausgehen, dass eine solche Föderation zumindest von einem Kern von EU-Staaten gegründet worden ist. Wir wollen also eine Zukunftsvision für die Politiken der Föderation auf unserer weltanschaulichen Basis entwerfen:

Wie soll

- ◆ eine christlich-soziale Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik aussehen,
- ◆ wie eine christlich-soziale Gesellschafts- und Kulturpolitik,
- ◆ wie eine christlich-soziale Innen- und Justizpolitik,
- ◆ und wie eine christlich-soziale Außen- und Verteidigungspolitik?

Das wären damit vier interessante Arbeitskreise – ich denke wir werden uns dafür ein Jahr Zeit nehmen müssen und dann wahrscheinlich noch ein halbes, um aus den Ergebnissen ein schlüssiges, abgestimmtes Gesamtkonzept zu formen.

Macht so viel Arbeit für eine Vision überhaupt Sinn? Ich denke ja, weil – wie Josef Riegler bei unserer ersten Pressekonferenz sinngemäß formuliert hat – man Konzepte rechtzeitig ausarbeiten muss. Wenn sich das "Window of opportunity" einmal öffnet, dann ist es für diese Arbeit zu spät, dann werden fertige Konzepte benötigt.

Ich möchte jetzt, um die folgende Diskussion noch etwas anzuheizen, einige Thesen präsentieren:

- 1) Eine konservative Gesellschaftspolitik passt nicht zu einer liberalen bzw. einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Genau diese Kombination verfolgen die meisten christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa – auch die ÖVP. Und das ist auch gleichzeitig der entscheidende innere Widerspruch, der diesen Parteien zu schaffen macht.

- Wie soll das zusammengehen, dass man die Familie – die klassische Familie mit Vater, Mutter, Kindern – fördern will, aber gleichzeitig predigt, heute müsse man flexibel sein, bereit sein öfter den Job, den Ort zu wechseln – und selbstverständlich sind beide Partner berufstätig.

Der von mir vorhin zitierte Zukunftsforscher Andreas Reiter hat auch gemeint, man wird zukünftig nur mehr an einzelnen Projekten arbeiten oder bestenfalls Lebenszyklus-Jobs haben – der fixe Arbeitsplatz bei einer Firma, der man über Jahre oder sogar bis zur Pension loyal ist, ist passé. Wie soll man unter diesen Voraussetzungen eine Familie gründen können bzw. wollen – vielleicht ein Haus bauen ...

- In Deutschland sind die Dinge zugespitzter, daher die Bezugnahme auf die CDU: Die Zustimmung zur Gesellschafts- oder zur Außenpolitik der Unionsparteien ist groß, kein EU-Beitritt der Türkei, wieder mehr Leistung in der Schule ... aber die Wirtschafts- und Sozialpolitik: dass die CDU den neoliberalen Kurs der SPD noch verschärfen will, das könnte ihr den Wahlsieg kosten.
- 2) Heiner Geißler und Norbert Blüm verkörpern jenen christlich-sozialen Konservativismus der mir vorschwebt – und der meines Erachtens über Jahrzehnte mehrheitsfähig wäre: Eine Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, die sich an den Prinzipien der Ökosoziale Marktwirtschaft orientiert, in Verbindung mit einer wertkonservativen Gesellschafts-, Innen-, Justiz-, Außen- und Verteidigungspolitik. In der Wirtschaftspolitik sollten wir wieder zu einem ausgewogenen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik kommen und uns anstatt an Friedrich August von Hayek („Soziale Marktwirtschaft ist keine Marktwirtschaft“) und Milton Friedman wieder an dem großen Ökonomen John Maynard Keynes und am Vater der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, orientieren.
 - 3) Also jetzt einige Thesen zur Wirtschafts-, Sozial-, Umweltpolitik:
 - a. Wir brauchen so bald wie möglich eine ökologische Steuerreform
 - um ökonomische Anreize für die Steigerung der Ressourcenproduktivität zu schaffen,
 - um ökonomische Anreize für den letztlich gänzlichen Ausstieg aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern zu schaffen und den Einstieg ins Solarzeitalter und in die Kreislaufwirtschaft zu erleichtern,
 - um eine Klimakatastrophe zu verhindern!!
 - b. Wenn wir eine solche Politik nur in Europa machen, wird das nichts nützen. Unser Ziel muss eine Globalisierung des Modells der Ökosozialen Marktwirtschaft und ein Stopp der globalen Bevölkerungsexplosion sein.
 - Es muss uns gelingen, bei uns in Europa Wohlstand und Umweltschutz in Einklang zu bringen – als Vorbild für andere Länder, auch für die USA.
 - Wir müssen dafür sorgen, dass eine Entwicklung hin zur Wohlstandsgesellschaft – bei Schonung von Umwelt und Ressourcen – auch in der Dritten Welt eingeleitet wird. Wir brauchen dazu einen Global Marshallplan.
 - Verzicht auf fossile Energieträger und Einstieg ins Solarzeitalter: Eine meiner Visionen ist hier das sog. Saharaprojekt: Groß-Sonnenkraftwerke in der Sahara die Wasserstoff vor allem für Europas Individualverkehr produzieren.
 - c. Ich bin aber auch fest davon überzeugt, dass wir auf Atomkraft nicht verzichten werden können. Eine industrie- und militärpolitische Weltmacht, wie es eine Europäische Föderation wäre, muss die Atomtechnik beherrschen – und sie kann auch nicht auf nukleare Abschreckung verzichten.
 - Zivile und militärische Nutzung der Atomkraft hängen aber zusammen.
 - Mit hoch entwickelten Techniken – wie der Atomkraftnutzung – muss man laufend arbeiten, damit Erfahrung und praktisches Wissen nicht verloren gehen.
 - Da bei einem Ausstieg aus einer Hochtechnologie – aus Mangel an beruflicher Perspektive – wohl kaum mehr junge Menschen zu finden sein werden, die Interesse an einem einschlägigem Studium haben, geht eine solche Technik für das jeweilige Land letztlich verloren. Das kann man in Deutschland beobachten, wo die rot-grüne Koalitionsregierung den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie beschlossen hat: In den Hörsälen, in denen Kernphysik gelehrt wird, sitzen gerade eine Handvoll Studenten. Was die Sicherheit betrifft: die nächste und erst recht die übernächste Generation von Kernreaktoren werden weit sicherer sein. Der italienische Nobelpreisträger Carlo Rubbia (Nobelpreis 1984) arbeitet an der Verbindung eines Teilchenbeschleunigers mit einem Kernreaktor. Sollte das gelingen, würde lt. Rubbia nur mehr kurzlebigen Atommüll anfallen und was das Beste ist: diese innovativen neuen Kernkraftwerke könnten den langlebigen Atommüll aus heutigen Atomkraftwerken, vor allem Plutonium, verbrennen und in kurzlebige Zerfallsprodukte transmutieren (Presse, 11.8.2004).
 - d. Kapital- und Währungsmärkte: Ein wichtiges Ziel muss die Stabilisierung der Finanzmärkte sein. Es lohnt sich darüber nachzudenken, wie eine Marktwirtschaft ohne Spekulation aussehen könnte. Können wir die Vorteile von flexiblen Wechselkursen und der Auf-

bringung von Risikokapital durch die Aktienmärkte nutzen ohne die Risiken des heutigen Casino-Kapitalismus tragen zu müssen: Zusammenbrechen spekulativer Blasen – Schocksparen und Nachfragezurückhaltung – Rezession.

Zur Stabilisierung der Währungsmärkte brauchen wir jedenfalls die Tobin-Tax: Dies deshalb, weil durch diese Steuer langfristiges Investieren kaum berührt, kurzfristigem Spekulieren aber der Anreiz genommen wäre.

- e. Die Steuereinnahmen aus der Tobin-Tax sollten für den "Global Marshallplan" verwendet werden. Das wäre auch ein gerechter Ausgleich für den Nutzen, den die Industrienationen aus der Unterbewertung der Währungen von Entwicklungs- und Schwellenländern ziehen können (Unterschied von Wechselkursen und Kaufkraftparitäten).
- f. Durch die Einführung von Ökosteuern können wir gleichzeitig den Faktor Arbeit entlasten: Reduzierung und schließlich gänzliche Abschaffung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung. Das verbilligt die Arbeit und sorgt zusammen mit einer Entlastung der unteren Einkommensbereiche von der Einkommenssteuer für die Reintegration des Schwarzarbeitssektors in die offizielle Wirtschaft – schafft also Arbeitsplätze.
- g. Die Ökosteuern müssen in einem Folgeschritt – wenn ihr Aufkommen eben deshalb, weil sie wirken, geringer wird – durch eine Wertschöpfungsabgabe abgelöst oder auch von Anfang an ergänzt werden: Sie stellt die Finanzierung des Sozialsystems gerechterweise auf eine breitere Basis – entkoppelt deren Finanzierung von der Demographie und koppelt sie ganz eng an die Entwicklung des Sozialprodukts.
- h. Wir sollten im Übrigen auch darüber nachdenken, wie eine Wirtschaft und eine Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung zu managen ist – denn es ist kein Naturgesetz, dass in Europa 500 Mio. Menschen leben müssen. Europa ist einer der am dichtesten bevölkerten Kontinente – weniger Menschen hat ja nicht nur negative Folgen: Weniger Müll, weniger Verkehr, mehr Platz für die Natur ... Freilich muss der Schrumpfungsprozess auch wieder einmal gestoppt werden, denn genauso schnell wie exponentielles Wachstum stattfindet, laufen exponentielle Schrumpfungsprozesse ab.
- i. Im Bereich der Einkommens- und Körperschaftssteuer brauchen wir mehr Gerechtigkeit. Es ist z.B. absolut nicht einzusehen, dass Unternehmenszukäufe auch noch abgeschrieben werden dürfen. Der KöSt Satz von 25 % ist viel zu niedrig – all das wird zu einer Erodierung des Unternehmenssteueraufkommens führen, wie das in Deutschland vor einigen Jahren – dort in extremer Weise – der Fall war. Ab einem Jahreseinkommen von 1 Mio. sollte man einen Spitzensteuersatz von 70 % zur Anwendung bringen.
- j. Es ist absolut unsinnig, dass "sozial ist was Arbeit schafft" – wie von der CDU behauptet wird und auch in der ÖVP Zeitung "Plus" zu lesen war: Wie Heiner Geißler vor kurzen sagte, muss man von einem Arbeitseinkommen auch leben können.
- k. Wir brauchen wieder höhere Lohnabschlüsse – den Arbeitnehmern steht ein gerechter Anteil am Wachstum des Sozialprodukts zu. Da unser konjunkturelles Problem in Europa vor allem die Binnennachfrage ist, wäre dies auch ganz entscheidend für Wirtschaftswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit.
- l. Das Gejammer – Europa sei nicht konkurrenzfähig – kann nicht stimmen angesichts einer ausgeglichenen bis positiven EU-Leistungsbilanz. Sollte mehr und mehr Produktion in billigere Länder verlagert werden, werden diese gegenüber Europa einen Leistungsbilanzüberschuss erzielen – das wird dazu führen, dass die Währungen dieser Länder über kurz oder lang aufwerten, was bedeutet, dass der Lohnkostenvorteil schrumpft und die Einkommen in diesen Ländern steigen, weil importierte Waren billiger werden. Die Möglichkeit von Wechselkursänderung ist also besonders wichtig – daher sollte man auch die neuen EU-Länder nicht zu früh in die Euro-Zone integrieren.
- m. Der Terms-of-trade Vorteil der Industrienationen ist auf drei Faktoren zurückzuführen:
 - dem Umweltdumping, also der Ausbeutung der Natur in den Entwicklungsländern,
 - dem Lohndumping, also der Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern
 - und den auf Kaufkraftparitätenbasis unterbewerteten Währungen der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Es ist durchaus gerechtfertigt, den Währungsvorteil zu nutzen – er wird ohnedies nur ein temporärer sein, wenn sich die Entwicklungsländer positiv entwickeln. Dies darf aber

nicht dazu führen, dass die Produktion von sensiblen Gütern ganz aus Europa verschwindet bzw. dass langfristig bedeutsame Strukturen zerstört werden. Dies gilt insb. für die Landwirtschaft! Die Erhaltung einer kleinräumigen europäischen Landwirtschaft ist aus Gründen der Versorgungssicherheit – auch für eine nach wie vor wachsende Weltbevölkerung – des Erhalts der Böden sowie der gewachsenen europäischen Kulturlandschaft von größter Bedeutung. Wir brauchen in Europa keine zwar am Weltmarkt konkurrenzfähige aber umwelt- und gesundheitspolitisch bedenkliche industrielle Landwirtschaft.

- n. Es ist praktisch unmöglich gegen bestehende mächtige Monopole oder auch nur Oligopole ohne gewaltigen Kapitaleinsatz, Konkurrenzunternehmen zu gründen. Gerade im Bereich der Produktion strategischer Güter, wie dies bei der Luftfahrt-, Raumfahrt- oder der Rüstungsindustrie der Fall ist, liegt die nationale Unabhängigkeit im eminenten Interesse eines jeden zumindest größeren Staates bzw. Staatenverbundes (wie es die EU ist). Daher war es auch wichtig für Europa mit umfangreichen staatlichen Hilfen die Airbus-Industrie und die ESA aufzubauen, womit ein privates Weltmonopol (Boeing) verhindert wurde. Wir sollten uns daher bei allem Bekenntnis zur Marktwirtschaft auch zu einer aktiven europäischen Industriepolitik bekennen.
 - o. Bei aller sozialen Orientierung gilt auch: Wer – obwohl arbeitsfähig und gesund – nicht arbeitswillig ist, dem muss massiver Druck gemacht werden, Arbeit anzunehmen. Es ist absolut unsozial, dass Arbeitsfähige auf Kosten der Solidargemeinschaft leben, obwohl es Arbeit gibt. Auch der Missbrauch im Bereich der Krankenstände und der krankheitsbedingten Pensionierungen müsste abgestellt werden: Ärzte, die Gesunde krankschreiben oder noch schlimmer, ihnen dauerhafte Arbeitsunfähigkeit attestieren, sollten sich vor Gericht wegen Amtsmissbrauchs verantworten müssen.
- 4) Die Wirtschafts- Umwelt- und Sozialpolitik ist "mein" Thema – daher war ich hier etwas länger. Abschließend aber noch einige Thesen zu den andern Themenbereichen:
- a. Die Europäische Föderation wäre eine – auch – militärische Weltmacht, schon aufgrund ihrer Größe und ihres wirtschaftlichen Potentials und weil Frankreich in dieser Föderation aufgehen würde: Die Föderation würde den UN-Sitz Frankreichs, der mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat mit Vetorecht verbunden ist, und dessen nukleare Raketenkapazitäten übernehmen.
Wenn wir von den USA als gleichwertiger Partner ernst genommen werden wollen, wenn wir von der Welt als Autorität akzeptiert werden wollen – insb. dann wenn es um die Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten geht, wenn wir die Welt nach unseren Vorstellungen verändern, verbessern wollen, dann müssen wir mit den USA militärisch gleichziehen – das heißt massiv aufrüsten.
 - b. Im Bereich der inneren Sicherheit sollte – ganz im Gegensatz zu den USA – privater Waffenbesitz verboten werden. Und es ist meiner Meinung nach die Frage nach der Gerechtigkeit im Strafrecht zu stellen – auch nach der Verhältnismäßigkeit der Strafen. 25 Jahre für Mord halte ich persönlich für unverhältnismäßig – weil zu gering. Und 13 Jahre für einen 17-jährigen, der seine Schwester wegen der Verletzung der Familienehre umgebracht hat, erst recht – noch dazu wo man weiß, dass für islamische Ehrenmorde in den Familien die noch nicht volljährigen Burschen ausgewählt werden, weil sie noch nicht voll strafmündig sind.
 - c. Es darf keine Toleranz gegenüber intoleranten Gruppen geben – nicht gegenüber islamischen Fundamentalisten und nicht gegenüber Neonazis. Die Demokratie muss wehrhaft sein, Verfassungsfeinde müssen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Es muss die Möglichkeit geben, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten!
 - d. Die Menschenrechte sind unveräußerlich - Toleranz gegenüber anderen Kulturen darf niemals soweit gehen, dass wir bei den Menschenrechten Kompromisse machen. Das muss jedenfalls im Inland – also in Europa – gelten. In der Außenpolitik muss man freilich realistisch bleiben: Wir können nicht in China einmarschieren und es ist auch nicht möglich, in jedem Entwicklungsland zu intervenieren, in dem es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch die USA müssen derzeit zur Kenntnis nehmen, dass ein weiteres Engagement, über den Irak und Afghanistan hinaus, zu unverhältnismäßigen Belastungen führen würde.

- e. Wir müssen uns daher auch im Bereich der Zuwanderung fragen, welche Zuwanderer der europäischen Kultur, die auf dem Christentum aber vor allem auch auf der Aufklärung fußt, zuträglich sind. Ich stelle hier die These in den Raum, dass wir auf kulturkompatible Zuwanderung setzen sollten – also bei Bedarf lieber Menschen aus den wachsenden Bevölkerungen Lateinamerikas zur Einwanderung einladen sollten als die islamisch geprägte Bevölkerung der Türkei oder des arabischen Raumes.
- f. Obwohl wir darüber nachdenken müssen, wie eine schrumpfende Gesellschaft zu managen ist, müssen wir doch danach trachten, dass es in Europa wieder mehr Kinder – also eine stabile Bevölkerungsentwicklung – gibt.
- g. Familien brauchen ökonomische Sicherheit – das kann das Kindergeld allein nicht geben. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die vor allem wieder Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit herstellt. Leute die bei Leiharbeitsfirmen angestellt sind, werden meist nicht in der Lage und Willens sein, eine Familie zu gründen. Es ist nichts Unanständiges das ganze Leben in derselben Firma zu verbringen!
- h. Und Sonntage und Feiertage dürfen nicht angetastet werden - diese sind wesentlich für das Familienleben!
- i. Natürlich brauchen wir auch genügend Kinderbetreuungsstätten, um Beruf und Familie in Einklang bringen zu können. Aber vielleicht brauchen wir – und ich weiß, dass ich mich hier auf ein schwieriges Terrain begeben – auch einen Bewusstseinswandel: Es haben nicht alle den erfüllenden Beruf – ich weiß nicht ob Billa-Kassierin erfüllender ist, als ein Kind großzuziehen. Freilich müsste, um diese Wahlfreiheit zu haben, das Einkommen eines der Partner für ein anständiges Familieneinkommen reichen, und das ist gerade in weniger qualifizierten Berufsfeldern nicht der Fall. Zudem müssten die Ehen wieder stabiler werden ... und dazu brauchte es wahrscheinlich eines generellen Wertewandels.
- j. Wir sollten wahrscheinlich auch die von der antiautoritären Bewegung der Siebzigerjahre geprägten Erziehungsmethoden in Frage stellen und unseren Kindern wieder mehr Disziplin und Fleiß beibringen.
- k. Ich glaube, dass ein Wertewandel auch über die Medien förderbar wäre. Film und Fernsehen könnten Sinnvermittlung leisten.
Und während im puritanischen Amerika Sexszenen geächtet sind, sollten wir hier in Europa exzessive und brutale Gewalt in Filmen ächten. Das soll natürlich nicht bedeuten, dass man die Produktion von Krimis und Krieg-/Antikriegsfilmen unterbinden sollte. Entscheidend ist, wie der Film gemacht ist – ob er moralischen, ethischen Ansprüchen entspricht – also, dass sich der Zuschauer in der Regel mit dem Opfer und nicht mit dem Täter identifiziert. Gewaltvideos und Gewalt-Videospiele sollten überhaupt verboten werden – und das wäre auch strikt zu überwachen.
- l. Das Problem ist hier natürlich auch das Internet – gegen die Verbreitung von Gewaltvideos müsste man eben in gleicher Weise wie gegen die Verbreitung von Kinderpornos vorgehen. Um das bestialische Verbrechen der Kinderpornographie und auch die Verbreitung von Gewaltvideos in den Griff zu kriegen, müssten man nicht nur darüber nachdenken, wie man technisch den Zugriff unterbinden kann, sondern auch darüber, wie man gegenüber im Ausland sitzende Anbieter und Provider wirksam vorgehen und diese einer gerechten Strafe zuführen kann.
- m. Das wichtigste aber – denke ich – ist, dass die Menschen, vor allem die Jugend wieder eine positive Vision von der Zukunft haben: mehr Lebensqualität, eine saubere Umwelt, eine gesicherte Zukunft, wachsende Einkommen, das Gefühl, dass es gerecht zugeht. Dann wird unsere Gesellschaft eine positive Dynamik entwickeln, wo sich die Aufbruchsstimmung der Menschen gegenseitig verstärkt und man mit Freude und Zuversicht gemeinsam an einer besseren Entwicklung, an einer schöneren Zukunft arbeitet.

Das war jetzt alles sehr lang und doch sehr unvollständig. Aber Vollständigkeit war nicht mein Ziel – mein Ziel war es das Projekt „Vision 2020“ zu starten. Ich denke viele von Euch scharren schon in den Startlöchern. Harald wird die Diskussion am Vormittag moderieren ...